

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	28. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	20. September 2016, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Erster Bürgermeister Wolfram Jäger

16.

**Punkt 17 der Tagesordnung: Beteiligung der Stadt Karlsruhe an rechtlich selbständigen wirtschaftlichen Unternehmen und Stiftungen: Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 2016/0470**

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - von dem Beteiligungsbericht 2015 Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme

Erster Bürgermeister Jäger übernimmt den Vorsitz und setzt um 18:46 Uhr die unterbrochene Sitzung fort. Er ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss.

Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU): Ich gebe zu, dieser Tagesordnungspunkt ist nur zur Kenntnisnahme vorgesehen. Trotzdem glaube ich, dass bei diesem Beteiligungsbericht doch ein paar Worte – viel will ich nicht dazu sagen – angebracht sind. Denn immerhin, es sind Gesellschaften der Stadt, an denen sie mit rund 250 Mio. € beteiligt ist. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten dieser Beteiligungen belaufen sich auf rund 450 Mio. €, also ein Betrag, über den es sich lohnt zu reden.

Vor allen Dingen, wenn man auch sieht, welche Bedeutung diese Beteiligungsgesellschaften für die Stadt haben. Wenn man das Personal sieht, sind insgesamt bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften 11.560 Personen beschäftigt, davon immerhin 62 %, nämlich 7.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bei unseren Gesellschaften. Wenn man die Personalentwicklung von 2012 – 2015 sieht, ist das immerhin eine Zunahme von mehr als 500 Personen. Das muss man auch etwas kritisch betrachten. Denn natürlich sind das Kosten, die auch bleiben, wenn vielleicht die Wirtschaft etwas nachlässt, und die uns dann belasten werden.

Die Zunahme erfolgte mit 267 Personen bei der Stadt und 243 Personen bei den städtischen Gesellschaften. Der Personalaufwand insgesamt belief sich bei den Gesellschaften

auf 470 Mio. €, bei der Stadt auf 300 Mio. €. Das ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Wichtig sind die Investitionen, die vorgenommen wurden. Da ist der Hauptbrocken, fast 80 %, bei den städtischen Gesellschaften mit 418 Mio. € im Jahr 2015 und 134 Mio. € bei der Stadt selber. Das sind schon Beträge, die verarbeitet werden müssen. Wir wissen, dass bei den Investitionsplanungen, die wir vorhaben, es schwierig sein wird, die alle umzusetzen. Und vor allen Dingen: Diese Investitionen müssen finanziert werden. Deswegen steht auch in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Darlehensverbindlichkeiten bei der Stadt und bei den städtischen Gesellschaften. Die sind ansteigend; von 2014 auf 2015 sind es 200 Mio. € mehr an Verbindlichkeiten bei den Gesellschaften und immerhin 35 Mio. € bei der Stadt selber.

Auch das kann nicht so fortgeführt werden. Das wissen wir. Wir werden es auch noch sehen bei den Haushaltsberatungen, bei der mittelfristigen Finanzplanung, ob all die Dinge, die wir uns vorstellen, so schnell finanziert werden können. Man wird sich die Frage stellen, auch bei den vorgesehenen Investitionen, welche Prioritäten setzt man, welche sind besonders schnell durchzuführen und mit welchen kann man sich vielleicht mehr Zeit lassen.

Die städtischen Gesellschaften kosten dem Stadthaushalt Geld. Wir müssen dort auch Geld einbringen. Aber es ist nicht so, dass die Stadt dort nur finanziert. Sie erhält auch Geld, immerhin 37 Mio. € an Ausschüttungen für die Konzessionsabgaben von KVVH und von den AVG. Selbst wieder finanziert sie durch Verlustausgleiche und sonstige Zuwendungen mit 42 Mio. € die städtischen Gesellschaften selbst. Also: Es ist ein Zuschuss von rund 5,4 Mio. €, der von der Stadt an die Gesellschaften im Jahr 2015 fließt. Man kann natürlich darauf hinweisen: Es war schon einmal schlimmer. Im Jahr 2013 waren es 20 Mio. € und 2014 waren es 16 Mio. €. Das hängt auch damit zusammen, welche Dividenden von den EnBW kommen und anderen Dingen, die jetzt hier ihren Niederschlag finden.

So weit will ich es eigentlich schon belassen. Nur einen Punkt möchte ich ansprechen. Die Gesellschaften und Beteiligungen, insgesamt alle Gesellschaften mit 425 Mio. €, das ist viel, aber ob man für die Abschlussprüfung immer die weltgrößten Abschlussprüfer braucht, diese Frage darf man auch einmal stellen. So bedeutend sind dann die Abschlüsse nun auch wieder nicht. Wenn ich die Auflistung der Abschlussprüfer sehe, die hier dargestellt sind: Ernst & Young hat 13 Prüfungen, KPMG 5 Prüfungen, Deloitte 6 Prüfungen, PWC drei Prüfungen, das sind die weltgrößten Gesellschaften, und insgesamt nur drei andere. Da fragt man sich schon, ob es in der Region keine Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gibt, die in Karlsruhe prüfen könnten. Ich erinnere mich dann doch, dass früher das Verhältnis ein ganz anderes war, dass früher die regionalen Gesellschaften geprüft haben. Aber das muss man wahrscheinlich dem zurechnen, es gibt einen sogenannten IBM-Effekt. Das war vor 30 Jahren so. Da schaffte man immer IBM an. Wenn der einmal ausfiel, konnte man immer sagen, „aber wir haben doch extra IBM gekauft, damit alles in Ordnung ist“. So ist es bei den Prüfungsgesellschaften auch. Man nimmt die großen, weltbekannten - die sich teilweise auch großen Schadensersatzforderungen gegenüber sehen in anderen Ländern -, und sagt, dann kann nichts schief gehen. Aber – ich sage es noch einmal – da sollte man in der Stadt schon einmal gewisse Überlegungen anstellen, ob das nötig ist bei diesen Gesellschaften, die wir haben.

Stadtrat Zeh (SPD): Die Gesellschaften sind bedeutsam in unserer Stadt, vom Volumen her, wie sie Investitionen machen, als auch vom Personal her. 62 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei unseren Gesellschaften, nur 38 % sind bei der Stadt beschäftigt. Die Gesellschaften haben in den letzten 20 Jahren rund 1.500 neue Stellen und Arbeitsplätze geschaffen. Die Stadt hat im gleichen Zeitraum die gleichgebliebene Mitarbeiterzahl von 4.400. Ich kann mich nahtlos Herrn Dr. Heilgeist anschließen. Die Investitionen, die unsere Gesellschaften betätigen mit rund 400 Mio. €, sind eine immense Summe. Neue Fernwärmeleitungen, neue Straßenbahnen oder die Kombilösung sind natürlich hier die passenden Beispiele.

Aber auch die Verbindlichkeiten sind deutlich gestiegen. 2011 waren es noch 880 Mio. €, 2015 sind es 1,21 Mrd. €. Aber hier stehen Werte gegenüber wie neue Wohnungen und Anlagen. Es ist gut so, dass hier die Daseinsvorsorge deutlich gestärkt und neu investiert wird. Es gibt in dem Bericht nur die harten Zahlenfakten. Ich habe das Gefühl, auch wenn die Umfrage von vorhin etwas anderes sagt, dass die Zufriedenheit mit unseren Verkehrsbetrieben nicht wegen den Baustellen sondern mehr wegen Fahrausfällen und Unpünktlichkeit abnimmt. Auch die Stadtwerke haben Probleme. Die Vergleichsportale weisen sie als teuer aus, weil hier die Sondertarife nicht richtig berücksichtigt sind.

Wenn man es jetzt einmal genauer betrachtet: Die Verkehrsbetriebe haben schon seit einigen Jahren rund 180 Mio. beförderte Personen im Jahr und sind damit relativ konstant. Der Zuschussbedarf je beförderter Person steigt langsam aber stetig, trotz regelmäßiger Fahrpreiserhöhungen. Aber der volkswirtschaftliche Nutzen des ÖPNV ist immens. Man stelle sich vor, alle Menschen müssten mit dem Auto in die Innenstadt fahren. Das ist nicht möglich. Daher ist der Nutzen für die City immens. Die notwendige Infrastruktur für unsere Innenstadt ist nicht kostendeckend zu bekommen.

Auch bei der Volkswohnung sieht es ähnlich aus. 13.000 Wohnungen besitzt die Volkswohnung, Tendenz steigend. Aber auch die Zahl der Mietinteressenten steigt, auf fast 6.000. Auch das Thema Modernisierung der Wohnung neben Neubau nimmt einen immer breiteren Raum ein. Die Investitionen mit rund 90 Mio. € pro Jahr zeigen die Anstrengungen.

Bei den Stadtwerken, wie gesagt: Der Stromverbrauch sinkt, sowohl bei Tarifkunden als auch bei Gewerbekunden von früher über 1.200.000 Megawattstunden auf nun gerade über 1 Million Megawattstunden. Das zeigt das schwierige Umfeld, in dem sich - auch durch neue Regelungen und neue EU-Vorschriften, die Stadtwerke befinden. Dem ein klares Konzept mit Zukunftschancen gegenüberzustellen, bleibt eine schwierige Daueraufgabe.

Auch beim Klinikum steigt die Zahl der Patienten. Die Zahl der Belegtage sinkt. Auch das Klinikum hat sich dem schwierigen Umfeld der Gesundheitsvorsorge stets neu zu stellen. Die Investitionen, die im Moment getätigt werden mit den immensen Baumaßnahmen, sind notwendig, um die Zukunftsfähigkeit des Klinikums zu erhalten.

Insgesamt erfüllen alle Gesellschaften wichtige Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Die SPD lehnt bekanntermaßen Privatisierung in diesem Bereich grundsätzlich ab. Daher möchte ich mit diesen kurzen Bemerkungen schließen. Wir danken für die Erstellung des Berichts.

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Der Bericht beinhaltet die Aufstellung der Frauenquote und der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen. Diese Ergänzungen gehen auf einen Antrag der Grünen zurück. Wir freuen uns, dass diese Aufstellung nun regelmäßig umgesetzt wird. Die Aufstellung selbst zeigt, dass Handlungsbedarf besteht. In vielen Gesellschaften haben wir auf der Geschäftsführerebene gar keine Frau sitzen, auch in der zweiten und dritten Ebene sind die Frauen stark unterrepräsentiert. Es hat sich - bis auf das Klinikum mit Abteilungsleiterin, Oberärztin – wenig getan. Stagnation zeigt sich auch bei der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen. Wir hatten, als wir vor zwei Jahren den Antrag gestellt hatten, auch nicht erwartet, dass sich von einem Tag auf den anderen die großen Sprünge ergeben. Aber die reine Dokumentation einer Stagnation war natürlich auch nicht das oberste Ziel unseres Antrags. Wir möchten die Verwaltung gerne daran erinnern, dass sie uns damals unternehmensspezifische Handlungskonzepte zugesagt hat, die nach wie vor ausstehen und werden auch, wenn von der Verwaltung selbst nichts kommt, dementsprechend noch einmal reagieren. Sie können sich sicher sein, dass wir dieses Thema weitgehend im Auge haben werden.

Insgesamt steht ansonsten wenig Neues in dem Beteiligungsbericht. Aber es ist trotzdem immer wieder interessant, sich Jahr für Jahr damit auseinanderzusetzen. Von den Investitionen und dem Personal war schon viel die Rede, vom Schuldenstand letzten Endes auch. Eine Zahl, die jetzt noch nicht so genannt wurde, obwohl sie natürlich auch besonders relevant ist, dass sich 35 Mio. € Zinsen im Jahr ergeben, und das, obwohl wir uns in einer absoluten Niedrigzinsphase befinden. Allein aus Sicht des Konzerns Stadt wäre es wünschenswert, dass diese Zinsphase lange weitergeht. Ansonsten werden wir da noch in größere Schwierigkeiten kommen. Denn letzten Endes ist es so, dass die ganze Schaffung von Gesellschaften damit begründet ist, dass das die Stadt finanziell erleichtern soll, dass dadurch, dass bestimmte Gewinne/Verluste miteinander verrechnet werden sollen, ein optimales Steuerergebnis resultiert. Die Stadt ist im Grunde genommen diejenige, die außen vor ist. Aber es sieht jetzt so aus, dass wir regelmäßig Verluste ausgleichen müssen. Wenn die U-Strab abgeschlossen ist, alle Rechnungen vorliegen und dann die Zinsen aus den verbleibenden Kosten resultieren, dann wird es wahrscheinlich deutlich ansteigen, was die Stadt an Zuschuss zu leisten hat. Da gerät etwas aus den Fugen. Ich weiß, es gab durchaus Überlegungen, dem entgegenzuwirken. Wir hoffen natürlich auch, dass das einigermaßen greifen wird.

Ansonsten gibt es noch zwei Punkte zu dem, was bisher erläutert wurde. Die KMK hat ein deutlich besseres Ergebnis als prognostiziert. Das ist sehr positiv. Auch wenn der städtische Verlustausgleich von 12 Mio. € jedes Mal aufs Neue schmerzt und er noch viel höher wäre, wenn wir z. B. eine angemessene Miete für die Gebäude am Festplatz erhielten. Dennoch, wir begrüßen, dass das operative Ergebnis sich deutlich verbessert hat. Kritisch sehen wir nach wie vor, dass durch die Ausgliederung von Event und Tourismus GmbH 2 Mio. € Mehrkosten entstanden sind. Das ist vom ursprünglichen Gemeinderatsbeschluss von 300.000 € Mehrkosten jährlich wirklich deutlich entfernt. Bei

allem Respekt vor der guten Arbeit, die in den Gesellschaften geleistet wird – das sehen wir durchaus -, halten wir es prinzipiell für den falschen Weg, den wir da begangen haben, nämlich zusätzliche Aufgaben zu schaffen. Das ist ein Weg, der letzten Endes natürlich immer auch Kosten nach sich zieht. Das sind jetzt Kosten, die uns Jahr für Jahr zusätzlich belasten.

Zu einem Satz möchten wir gerne Näheres erfahren, vielleicht könnten Sie einfach in einem nächsten passenden Ausschuss dazu eine Darstellung machen, ansonsten stellen wir eine Anfrage. Und zwar heißt es: „Durch Neuvergaben in den Bereichen Reinigung und Verpflegung sind Kostensteigerungen entstanden.“ Das ist natürlich schon auch etwas, mit dem wir uns näher beschäftigen müssen. Was bringt Outsourcing auf Dauer? Wenn uns z. B. vorgerechnet wird, dass im Bereich Reinigung Kosteneinsparungen möglich sind, wir die Leistungen vergeben und beim Folgeauftrag erhöhen sich dann die Kosten wieder, wäre es ganz interessant, das einmal über die verschiedenen Gesellschaften hinaus zu betrachten, damit wir wirklich so etwas wie Langzeiterfahrungswerte erhalten.

Ansonsten bedanken wir uns auch für den Bericht und hoffen, dass der Weg, der vor uns liegt, nicht zu steinig wird.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Ich mache es kurz. Die wesentlichen Punkte sind genannt:

1. der relativ starke Anstieg in den letzten Jahren,
2. die steigende Verschuldung bei den Gesellschaften,
3. müssen wir auch jetzt schon Prioritäten setzen bei den Investitionen, die wir machen können oder auch nicht,
4. gibt es gewisse Sorgenkinder. Auch wenn es an einigen Stellen besser ist als erwartet, gerade bei der KMK, so muss man doch sagen, KMK + KEG + KTG haben immer noch diese 12 Mio. € Verlustausgleich. Auch beim ÖPNV ist die Aussicht mittelfristig nicht so rosig.

Die Volkswohnung baut, soweit sie kann. Aber trotzdem ist es gesamtstädtisch gesehen immer noch ein Zuwenig an Wohnraum. Aber auf jeden Fall ein großes Lob, dass hier immer weiter etwas getan wird.

Ansonsten ist die Frauenquote in Führungspositionen und die Behindertenquote dann einmal interessanter, wenn man längere Aufstellungen über mehrere Jahre hinweg hat, dass man dann vielleicht einmal eher eine Tendenz erkennen kann, als nur eine Stagnation.

Dann werden wir uns in Zukunft auch freuen, dass irgendwann auch noch eine Stadionbaugesellschaft in diesem Bericht dabei ist. Die wird dann sicher auch in Zukunft interessante Zahlen liefern.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wir sehen – das hatte ich vorhin schon angekündigt – den Aufbau der Stellen sehr kritisch. Gerade vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung. Wir bedanken uns für den Bericht. Wir bedanken uns auch dafür, dass da Dinge drin stehen, die man vielleicht gar nicht so hätte sagen müssen, z. B. dass im Be-

reich Energieversorgung die Stadtwerke gut da stehen, dass sich aber für 2016 eine deutliche Ergebnisverschlechterung abzeichnet. Vor dem Hintergrund, dass wir insgesamt Gesellschaften haben, von denen die meisten Schwierigkeiten haben, oder von denen die meisten Schwierigkeiten ins Haus stehen, ist es sicher falsch, weiter Stellen aufzubauen. Eigentlich müsste man Stellen abbauen. Wenn dazu noch Outsourcing-Prozesse kommen, wie es Frau Dr. Leidig vorhin genannt hat, fragt man sich schon, wieso werden die Stellen immer mehr. Wenn man sich die Stellenstatistik anschaut, dann sieht man, dass die städtischen GmbHs über die letzten Jahre wirklich konstant zugelegt haben, während die Stadt erst in den letzten drei/vier Jahren wieder angefangen hat, zuzulegen. Wenn man sich jetzt nur die letzten drei Jahre anschaut, dann ist 1,2 % im Schnitt pro Jahr einfach zu viel, vor allem vor dem Hintergrund, dass das Volumen, aus dem das Ganze bezahlt werden soll, nicht mehr wird, sondern eher weniger. Da sehen wir auch ein strukturelles Problem.

Wir müssen wieder dazu kommen, dass die Arbeit von weniger Leuten gemacht wird. Dazu muss ich die Unternehmen besser organisieren. Bei der EnBW hat man es so gemacht, dass man die vielen Gesellschaften, die es auch dort gab, alle wieder zusammengefasst hat, um damit Führungspositionen einzusparen und alles, was dazu gehört. Wenn ich eine Führungsriege einer Firma einspare, habe ich gleich eine ganze Reihe von Stellen, die nicht mehr wiederbesetzt werden müssen. Diese Stellen kann ich dann an anderer Stelle einsetzen. Ich denke, dass wir dazu kommen müssen, wieder weniger städtische GmbHs zu haben und GmbHs wieder zusammenzulegen, einfach, um Kosten zu sparen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nur drei Punkte ansprechen. Der erste ist schon abgearbeitet, diese exorbitante Zunahme von Stellen in den letzten 20 Jahren und auch in den letzten drei/vier Jahren.

Zweitens: Ein Wort zu unseren Stadtwerken. Sie liefern uns in diesem Jahr 27 Mio. € Gewinnabgabe. Das ist wunderbar für uns. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass dieses Unternehmen in höchst schwierigem Umfeld arbeitet, d. h., wenn es immer einen hohen Prozentsatz seiner Gewinne an uns abgeben muss, oder genauer gesagt, an die KVVH, dann ist die Firma nicht imstande, ihre Investitionen so zu stärken, dass sie entsprechend aufgestellt ist, d. h. dieses Unternehmen blutet immer ein bisschen aus. Wenn wir nicht darauf achten, werden die Stadtwerke uns dieses Ergebnis, das wir uns so sehr wünschen, nicht mehr liefern können, weil wir einfach zu viel herausaugen.

Zur VBK: Das große Problem sprechen fast alle großen Parteien hier an. Es ist offensichtlich egal, ob die Grünen, die Roten oder die Schwarzen in Stuttgart sitzen. Das Landesbeförderungsgesetz für Schienenfahrzeuge scheint nicht mehr in Kraft zu kommen. Es muss unbedingt geschehen. Wir können uns als Stadt nicht leisten, alle Schienenfahrzeuge anzuschaffen. Wir brauchen Zuschüsse aus Stuttgart. Das müssen wir einfordern. Da bitte ich, wer irgendwen dort sitzen hat, das einzufordern. Denn wir müssen hier eine ganze wichtige Arbeit erledigen. Ohne diese Zuschüsse ist der ÖPNV langfristig nicht haltbar. An dieser Stelle muss sich etwas ändern. Da bitte ich um jeden Einsatz, den Sie haben. Da bitte ich auch, Pfunde hineinzulegen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich will mich angesichts der Ausführungen meiner Vorredner kurz halten. Aber ein Thema möchte ich doch ansprechen. Ich hatte es bereits in den letzten zurückliegenden Jahren bemängelt, dass im vorliegenden Beteiligungsbericht keine Risikobewertungen der einzelnen Gesellschaften mehr enthalten sind. Ich erachte dies mehr als notwendig, zumal von 2012 – 2015 die Darlehensverbindlichkeiten aller Gesellschaften um über 300 Mio. € auf über 1,2 Mrd. € gestiegen sind. Besonders beunruhigend dabei ist der Umstand, dass allein in der KVVH-Gruppe im genannten Zeitraum die Darlehensverbindlichkeiten um über 275 Mio. € gestiegen sind. Für Normalsterbliche und Bürger, die es von außen sehen, oder wie ich als Einzelstadtrat, der nicht in den Gesellschaften ist, ist das schwer zu beurteilen. Um sich ein Urteil darüber zu bilden, könnte man eine solche Risikobewertung machen.

Natürlich gibt es gute Gründe für Investitionsmaßnahmen, das haben wir heute auch gehört. Aber auch die Risiken, z. B. die ausstehenden Fördermittel bei der KASIG, zeigen, dass eine naheliegende und kritische Bewertung für uns Einzelstadträte sehr wichtig wäre. Ich wäre für eine tiefere Risikobewertung, damit auch Außenstehende und Bürger, denen das zugänglich ist – daher auch meinen Dank für die Arbeit, jeder Bürger hat die Möglichkeit, sich das einzuholen -, ein Urteil über unsere Gesellschaften bilden können, die immerhin fast 70 % des städtischen Anteils tragen.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ich würde gerne zu vier Punkten kurz Stellung beziehen.

In der Tat haben wir Steigerung der Stellen bei unseren städtischen Gesellschaften. Aber da bitte ich doch die Mitglieder der entsprechenden Aufsichtsräte, sich bei der Beratung der Wirtschaftspläne mit den dort beinhalteten Stellen intensiv auseinanderzusetzen. Denn dort wird beschlossen, dass eine Gesellschaft mehr Stellen erhält, als sie im Vorfeld erhalten hat. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass die Steigerung, die wir haben in 2015, im Wesentlichen aufgrund der fehlenden Stellen im Bereich der AVG und der Verkehrsbetriebe durch die mangelnden Fahrerkapazitäten entstanden sind. Da kann ich mich erinnern, dass dieses Haus vehement fraktionsübergreifend auf die Beseitigung und Bereinigung dieser Defizite gedrängt hat. Insofern bitte immer in den Gesellschaften das thematisieren. Ich glaube, dass die Schaffung der Stellen im Bereich VBK und AVG auch wirklich notwendig waren. Aber die belasten natürlich dann die entsprechende Gesamtübersicht.

Mir ist wichtig, Frau Dr. Leidig, wir haben hier den Beteiligungsbericht 2015. Sie haben zu Recht noch einmal darauf hingewiesen, dass durch die Ausgliederung viel mehr in der Gesamtsumme ausgegeben wurde, als ursprünglich im Rahmen bei der Einbringung prognostiziert. Aber wir haben uns intensiv in diesem Haus damit auseinandergesetzt. Die betroffenen Gesellschaften hatten ihren Zuschussbedarf entsprechend reduziert, schon ab 2016, so dass jetzt Mehrkosten seit Ausgründung von knapp 400.000 € noch entsprechend zu Buche stehen. Das ist, denke ich, mit Blick auf die Kostensteigerungen im Tarifbereich und im Sachkostenbereich über die ganzen Gesellschaften hinweg ein relativ gutes Ergebnis. Auf jeden Fall habe ich das so gesehen. Wir haben das in 2016 auch entsprechend umgesetzt in der Wirtschaftsplanung. Im Rahmen der Konsolidierung müssen weitere Potentiale erarbeitet werden.

In der Tat, das Thema Rollendes Material beschäftigt uns auch schon lange. Ich finde es auch bedauerlich, dass die jetzige Koalition des Landes sich diesem Thema nicht angenommen hat. Es war in den Koalitionsverhandlungen in der Diskussion. Es würde uns enorm entlasten. Das sind die hohen Investitionen, die wir im Bereich haben.

Herr Stadtrat Wenzeln, Ihre Anmerkung würde ich noch einmal mitnehmen und mit dem Beteiligungsbereich diskutieren. Ich muss mir das noch einmal vom Für und Wider und mit den rechtlichen Rahmenbedingungen ansehen. Das möchte ich gerne aufnehmen.

Der Vorsitzende: Der Beschlussvorschlag ist Kenntnisnahme. Ich nehme an, Sie haben alle Kenntnis genommen. Wenn keiner widerspricht, können wir uns die 10 Sekunden Abstimmungsprozedur sparen und können mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weitermachen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
7. Oktober 2016